

Die Reichen sind unentbehrliche Steuerzahler

Der Schweizer Staat schont die Vermögenden nicht – ohne sie müsste der Mittelstand viel mehr Steuern zahlen

MATTHIAS BENZ

Die Linken wollen die Reichen stärker zur Kasse bitten. Prominenter Ausdruck davon ist die Juso-Erb-schaftssteuer-Initiative, über die am 30. November abgestimmt wird. Auf Vermögensteile von mehr als 50 Millionen Franken soll eine Erbschaftssteuer von 50 Prozent fällig werden.

Auch sonst erscheinen die Reichen als lohnendes Ziel, um den Staat zu finanzieren. Die SP hat gerade eine neue Volksinitiative lanciert, die verlangt, dass vermögende Haushalte die Krankenkassenprämien der grossen Mehrheit subventionieren sollen. Der Kreis der «Reichen» ist hier breit gefasst: Die

Erbschaftssteuerinitiative

Eidgenössische Abstimmung vom 30. November 2025

obersten 15 Prozent der Einkommensbezieher sollen zahlen, der Rest der Bevölkerung würde profitieren.

Die Linke agiert unter dem Motto «eat the rich» («esst die Reichen») – so haben es die Juso auf Socken als Accessoire zum Abstimmungskampf festgehalten. Diese Weltsicht verkennt, dass die Reichen bereits jetzt einen grossen Teil des Staates finanzieren. Dies zeigt ein Blick in die Steuerstatistiken.

Die wichtigste Einnahmequelle des Schweizer Staates ist die Einkommenssteuer. Sie brachte Bund, Kantonen und Gemeinden im Jahr 2023 rund 67 Milliarden Franken ein. Das reichste Prozent aller Haushalte zahlt fast ein Viertel dieser Einkommenssteuern. Das zeigt der Verteilungsradar des Instituts für Schweizer Wirtschaftspolitik (IWP), in dem offizielle Steuerdaten ausgewertet werden.

Der Begriff des Top-1-Prozents geht zurück auf die «Occupy Wall Street»-Bewegung, die mit dem Slogan «Wir sind die 99 Prozent» gegen Ungleichheit protestierte. Man kann Reichtum aber auch breiter fassen. Die Top-5-Prozent der Haushalte bezahlen in der Schweiz rund 42 Prozent aller Einkommenssteuern – also fast die Hälfte.

Die Anteile der beiden Gruppen am Steueraufkommen sind in den letzten zwei Jahrzehnten stabil geblieben. Die Reichen haben sich also nicht aus der Verantwortung für den Staat gestohlen. Gleichzeitig ist mit den Steuerzahlungen ein erhebliches Mass an Umverteilung verbunden. So erzielt beispielsweise das Top-1-Prozent der Haushalte rund 11 Prozent aller Einkommen, liefert aber knapp ein Viertel aller Einkommenssteuern ab.

Die eigentlichen Reichensteuern

Eine weitere wichtige Steuer im Schweizer Staatswesen ist die Vermögenssteuer. Sie bringt dem Fiskus rund 9 Milliarden Franken ein und dient zur Finanzierung von Kantonen und Gemeinden.

Bei der Vermögenssteuer ist die Bedeutung der Reichen noch grösser. Das Top-1-Prozent der vermögendsten Haushalte liefert 51 Prozent aller Vermögenssteuern ab. Betrachtet man die Top-5-Prozent, sind es 87 Prozent. Das hat die Denkfabrik Avenir Suisse auf Basis der offiziellen Steuerstatistiken ermittelt. Mithin ist die Vermögenssteuer eine eigentliche Reichensteuer. Der breite Mittelstand zahlt nur wenig.

Eine kaum bekannte Reichensteuer gibt es außerdem bei der AHV, dem wichtigsten Sozialwerk. Die AHV-Beiträge sind nicht gedeckelt, selbst bei hohen Löhnen von beispielsweise 1 Million Franken fallen die normalen prozentualen Sozialabgaben an. Aber im Alter erhalten die Betroffenen nur die gedeckelte Maximalrente. Deshalb sind die obersten 10 Prozent der Lohnbezüger wichtige Nettozahler der AHV. Schon der frühere Bundesrat und «Vater der AHV», Hans-Peter Tschudi, sagte: «Die Reichen brauchen die AHV nicht, aber die AHV braucht die Reichen.»

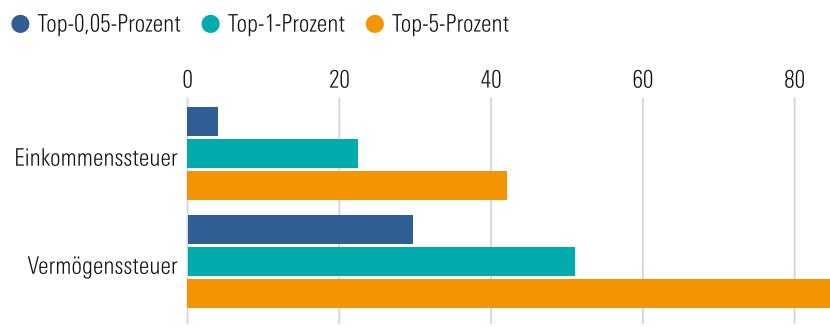


Der Staat betreibt viel Umverteilung – finanziert durch die reichsten Steuerzahler.

ILLUSTRATION PAULINE MARTINET / NZZ

Ohne die Reichen ist kein Staat zu machen

Anteil am gesamten Steueraufkommen, in Prozent



Die Top-0,05-Prozent umfassen jene Gruppe, die von der Juso-Initiative betroffen ist. Die Zahlen für diese Gruppe beziehen sich auf das Jahr 2023, die Zahlen für das Top-1-Prozent und die Top-5-Prozent auf das Jahr 2020.

QUELLEN: UNI ST. GALLEN, IWP LUZERN, AVENIR SUISSE, EIGENE DARSTELLUNG

last tragen müsste – selbst wenn nur die kleine Gruppe der reichsten 3000 Haushalte als Steuerzahler wegfällt. Noch schwerwiegender wäre es, wenn das Top-1-Prozent als Steuerzahler fehlt.

Die Schweiz ist ein Sonderfall

Ohne die Reichen ist mithin kein Staat zu machen. Dennoch finden linke Parteien, dass die Reichen noch mehr Steuern zahlen könnten. Grundsätzlich lässt sich ein Steuersystem immer noch progressiver ausgestalten – die Steuern steigen dann noch stärker überproportional zum Einkommen.

Zu berücksichtigen ist allerdings, dass die Steuersätze für Reiche bereits jetzt relativ hoch sind. In der Schweiz liegen sie laut einer NZZ-Analyse auf einem ähnlichen Niveau wie in Deutschland und Österreich, die als Hochsteuerländer gelten. Ein Multimillionär, der in der Stadt Zürich wohnt, liefert zwischen 31 und 46 Prozent seines Bruttoeinkommens an den Staat ab (der konkrete Satz hängt vom Ausmass seiner Steueroptimierung ab). Ein vergleichbarer Multimillionär in Deutschland muss zwischen 29 und 41 Prozent seines Bruttoeinkommens an Steuern bezahlen, in Österreich sind es zwischen 30 und 46 Prozent.

Auch Milliardäre werden in der Schweiz nicht geschont. Beispielsweise dürfte der Roche-Erbe André Hoffmann, der im Kanton Waadt wohnt, Steuern im Umfang von 32 bis 47 Prozent seiner Vermögenserträge und sonstigen Einkommen bezahlen. Das ist mehr als Milliardäre in Deutschland (26 bis 45 Prozent) und Österreich (26 bis 46 Prozent). Hoffmann könnte seine Steuerlast indessen unter das Niveau der Nachbarländer senken, wenn er in einen steuergünstigen Kanton wie Zug zöge.

Der Hauptgrund für die hohe Steuerbelastung liegt darin, dass die Schweiz als fast einziges Land auf der Welt eine Vermögenssteuer kennt. Sie ist eine eigentliche Reichensteuer, der sich die Vermögenden kaum entziehen können. Indirekt wirkt die Vermögenssteuer schon heute wie eine Erbschaftssteuer. Im schweizerischen Durchschnitt müssen Superreiche pro Jahr 0,36 Prozent ihres Vermögens an den Staat abführen. Angenommen, ein Vermögen wird alle dreissig Jahre vererbt, so ist in diesem Zeitraum bereits eine «Nachlasssteuer auf Raten» von rund 10 Prozent angefallen. Das zeigt: Auch ohne die Juso-Erb-schaftssteuer greift der Schweizer Staat bei hohen Vermögen zu.

Das Top-1-Prozent ist eine kleine Gruppe: Zu ihr gehören in der Schweiz rund 53 000 Haushalte. Noch viel überschaubarer ist der Kreis der Superreichen, die mit einem Vermögen von mehr als 50 Millionen Franken von der Juso-Erb-schaftssteuer-Initiative betroffen wären. Es dürfte sich um knapp 3000 Haushalte handeln. Das haben die St. Galler Wirtschaftsprofessoren Reto Föllmi und Stefan Legge in einer Studie zuhanden der Interessenorganisation Swiss Family Business, die die Initiative ablehnt, errechnet. Die Juso-Initiative dreht sich also um die Top 3000 (oder Top-0,05-Prozent) in der Schweiz.

Auch diese sehr kleine Gruppe trägt einen erheblichen Teil zum Schweizer Staatshaushalt bei. Laut den Berechnungen von Föllmi und Legge dürften die Top-0,05-Prozent im Jahr 2023 rund 2,5 Milliarden Franken an Einkommenssteuern und 2,8 Milliarden an Vermögenssteuern bezahlt haben (sowie 0,2 Milliarden an kantonalen Erbschaftssteuern). Das entspricht 4 Prozent aller Einkommenssteuern und 30 Prozent aller Vermögenssteuern.

Was wäre, wenn diese Reichen als Steuerzahler fehlten? Die Frage stellt kein abstraktes Gedankenexperiment dar: Falls die Juso-Initiative angenommen wird, dürfte laut Schätzungen von Ökonomen ein grosser Teil der Betroffenen aus der Schweiz wegziehen, um die Erbschaftssteuer zu vermeiden. In einem Extremenszenario (vollständiger Wegzug) fielen laut den genannten Schätzungen Steuereinnahmen in Höhe von 5,5 Mil-

liarden Franken weg. Wenn ein Teil der Superreichen bliebe, wären die Ausfälle geringer oder die Steuereinnahmen könnten per saldo sogar steigen, wie ein Gutachten des Lausanner Wirtschaftsprofessors Marius Brülhart zuhanden des Bundes zeigt. Bei einem Minus müssten die anderen Steuerzahler die Lücke füllen.

Die Steuersätze für Reiche liegen auf einem ähnlichen Niveau wie in Deutschland und Österreich.

Realistischerweise wäre das vor allem der breite Mittelstand. Die St. Galler Studie illustriert mögliche Grössenordnungen.

Wenn 5,5 Milliarden Franken an Steuereinnahmen wegfielen, liesse sich das etwa kompensieren, indem die Mehrwertsteuer auf Bundesebene um knapp 2 Prozentpunkte erhöht würde. Auf der Rechnung im Restaurant stünden dann 10,1 statt 8,1 Prozent Mehrwertsteuer. Betrachtet man nur die Auswirkungen im Kanton Zürich, könnten die Staats-einnahmen konstant gehalten werden, indem die Steuern für die Privathaushalte um 15 Prozent heraufgesetzt würden.

Die Beispiele zeigen, dass die Mittelschicht eine deutlich höhere Steuer-